

KLARTEXT

I
N
B
L
A
U

BRIGITTENAU



Nestbeschmutzer und Wistleblower (Seite 2)

Kindergartenskandale stinken zum Himmel (Seite 2)

Benutzerfreundliche Öffnungszeiten für den Augarten? (Seite 3)

Fahrradstellplätze (Seite 4)

Fahrradwegebenutzungspflicht! (Seite 5)

Neue Haltestelle für den 5A (Seite 5)

Angelobung der Rekruten in der Brigittenau (Seite 5)

Verschandelung des Maria Restituta Platzes (Seite 6)

Aufregung am Friedrich-Engels-Platz (Seite 7)

Grätzelspaziergang durch die Brigittenau (Seite 8)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Nestbeschmutzer und Whistleblower!



Wir leben in einer zivilisierten Gesellschaft und können unsere Meinung frei äußern, ohne dadurch Nachteile zu erleiden. Diese Floskel verliert dort ihre Gültigkeit, wo Menschen Missstände aufzeigen, die verborgen bleiben sollten. Hier droht der Verlust des Arbeitsplatzes bis hin zur Vernichtung der persönlichen Existenz. Daher informieren immer mehr Menschen anonym aber auch namentlich wie Julian

Assange oder Edward Snowden, als sogenannte „Whistleblower“ die Öffentlichkeit. In Österreich gibt es seit März 2013 bei der Wirtschafts- u. Korruptionsstaatsanwaltschaft auch eine eigene Whistleblower-Homepage.

Letzten September hat ein Mitarbeiter der MA 40 (Sozialhilfe) eine Zeitung über die Bearbeitung von Mindestsicherungsanträgen informiert. Er wollte anonym bleiben, da der Bericht schonungslos den Missbrauch dieser Finanzhilfe und die Haltung der politisch Verantwortlichen aufzeigte. Sie sollten „den Ball flach halten“ oder „sollten ja gar nicht nachprüfen, ob die Angaben der nicht österreichischen Mindestsicherungsempfänger stimmen“ und vieles mehr. Diese Enthüllungen erklären auch, warum die Ausgaben für Mindestsicherung in Wien explodiert sind. In einer mündlichen Anfrage wollte die FPÖ vom Herrn Bürgermeister Antworten auf diese Vorhalte. Aber anstatt den Vorwurf zu entkräften zog Häupl über den Nestbeschmutzer her. Nachstehend Auszüge aus dem wörtlichen Protokoll:

„Ein Whistleblower ist ja nichts anderes als jemand der aus der Anonymität und feige heraus jemanden anderen denunziert. ...“ Und genau solche Leute erinnern mich frappant an ziemlich unselige Zeiten. Wo man genau Denunziantentum auch betrieben hat dazu. Wenn jemand in einer Demokratie, in einer Freiheit etwas zu sagen hat und anzuklagen hat, dann soll er hingehen und soll das sagen. Dann soll er wie ein Mensch, Mann oder Frau, sich hinstellen und auch die Verantwortung dafür übernehmen und das ist das was ich mir im Prinzip auch erwarte, nicht sich hinter einer Anonymität feige zu verstecken.“

Ich kenne mindestens ein Dutzend Menschen persönlich, die als Wiener Bedienstete oder Funktionsträger Rechtswidrigkeiten oder Unkorrektheiten in ihren Bereichen angeprangert haben. Sie alle haben Verantwortung übernommen, denn alle wurden dafür sanktioniert, indem sie in Pension geschickt, versetzt, weggemobbt oder wegrationalisiert wurden. Man denke nur an den Arzt Dr. Rainer, der keine Vertragsverlängerung beim Wiener Krankenanstaltenverbund bekam, da er eine neue Gewerkschaft gründete. So funktioniert das Regime der SPÖ, die vor einer blauen Regierung warnt.

Meint

Ihr LABg GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Wiener Kindergartenskandale stinken zum Himmel!



Jetzt steht er also vor Gericht, der mutmaßliche Chef eines auf Förderbetrug ausgerichteten kriminellen Netzwerkes Abdullah P. In dem am 11. Oktober begonnen Prozess ging es jedoch nicht um die Subventionen, die der Gründer eines islamischen Bildungszentrums (KIBIZ - Kinder Bildungs- und Integrationszentrum Wien) in der Romanogasse 28 in Wien-Brigittenau von der Stadt Wien erhalten hat. Vielmehr

ist er wegen jahrelanger Mietbetrügereien angeklagt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Betrug rund um die Förderungen sind nämlich noch nicht abgeschlossen.

Regelmäßige Leser des Klartexts werden sich daran erinnern, dass die Adresse Romanogasse 28 bzw. die dort von Abdullah P. gegründeten Vereine bereits mehrmals Gegenstand von Artikeln waren. Neben KIBIZ waren das u.a. „ERBIZ - Erwachsenen Bildungs- und Integrationszentrum“, „Zukunft für Alle – Verein Islamischer Privatschule“ (Träger einer Volksschule, der 2015 vom Stadtschulrat wegen „Gefahr im Verzug“ das Recht zur Schulführung entzogen wurde) „JETZT – Zukunft für Alle, integrativ-holistische Beratung und Begleitung“ (Träger des Projekts eines islamischen Frauenhauses).

Seit dem Jahr 2012 waren die Aktivitäten des Abdullah P. immer wieder Gegenstand von freiheitlichen Anfragen sowohl im Nationalrat, als auch im Wiener Gemeinderat und auch der Brigittenauer Bezirksvertretung. Dennoch bewilligte die damals vom heutigen SPÖ-Klubobmann im Wiener Rathaus Christian Oxonitsch geführte Magistratsabteilung 11 am 16.4.2013 den Kindergarten in der Romanogasse 28 und es flossen daraufhin Subventionen in Millionenhöhe an das Netzwerk des Abdullah P.

Aber es waren nicht nur die Warnungen der FPÖ die von den roten Wiener Stadtpolitikern in den Wind geschlagen wurden. So wurde bei dem nun laufenden Prozess bekannt, dass Abdullah P. zwischen September 2003 und November 2015 nicht weniger als 54 Exekutionsvormerkungen mit einem Gesamtbetrag von 222.000 Euro ansammelte. Natürlich fiel das keinem der für die Genehmigung des Kindergartens bzw. die Gewährung großzügiger Subventionen Zuständigen auf. So wie ja auch die Missstände im den „Alt Wien“-Kindergärten erst dann auffielen, als der Verein mehr als sechs Millionen Euro Subventionen „zu Unrecht“ bekommen hatte. Und natürlich gibt es in Wien ja auch keine islamischen Kindergärten, das wäre ja sonst den verantwortlichen SPÖ-Politikern längst aufgefallen...

Für Abdullah P. gilt bis zu einem rechtskräftigen Urteil die Unschuldsvermutung, etwas das die für die unzähligen Kindergartenskandale in Wien verantwortlichen SPÖ-Politiker und Politikerinnen sicher nicht mehr in Anspruch nehmen können,

meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2016

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Rauscherstraße 7, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: FPÖ; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Augarten: FPÖ fordert benutzerfreundliche Öffnungszeiten!

Aufgrund seiner Größe und Attraktivität als innerstädtische Parkanlage ist der Augarten ein wichtiger und unersetzbarer Freizeit- und Erholungsraum für die in den angrenzenden Brigittenauer Bezirksteilen wohnende Bevölkerung.

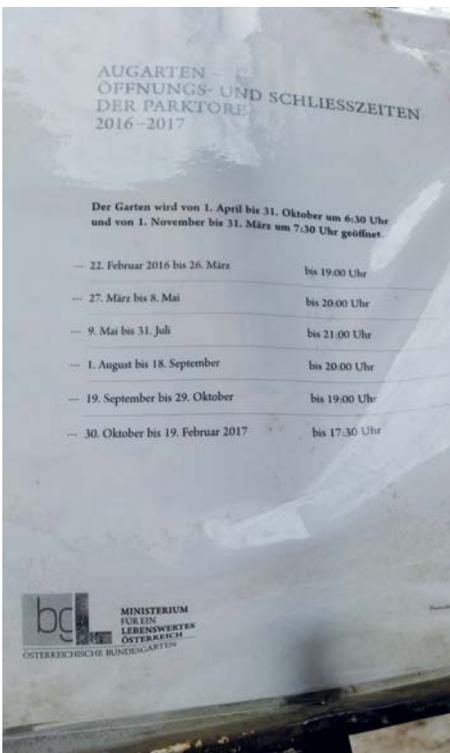
Vor zwei Jahren wurde seitens der Bundesgärten die Aufsperrstunde des Augartens während der Wintermonate (vom 1. November bis 31. März) um eine Stunde von 6.30 Uhr auf 7.30 Uhr verlegt. Dadurch wurde vielen berufstätigen Anrainern die Möglichkeit genommen, den Augarten noch vor Arbeitsbeginn etwa für sportliche Aktivitäten zu nutzen oder auch nur den Augarten auf

dem Weg zur Arbeit zu Fuß zu durchqueren.

Aber auch für viele Schülerinnen und Schüler ist damit die Möglichkeit weggefallen, den Park am Morgen als kürzester und auch sicherer Schulweg zu nutzen. Nicht zuletzt stellt die spätere morgendliche Öffnungszeit auch für berufstätige Hundebesitzer ebenfalls eine wesentliche Verschlechterung dar.

Aus all diesen Gründen forderte FPÖ-

Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam diese Verschlechterung der Öffnungszeit des Augartens wieder rückgängig zu machen und konnte erreichen, dass sich die Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes in ihrer Sitzung am 21. September 2016 in einem Resolutionsantrag einstimmig für eine morgendliche Öffnungszeit des Augartens um 6.30 Uhr auch in den Wintermonaten aussprach!



Nicht nur die Öffnungszeiten, auch die Information darüber sind alles andere als benutzerfreundlich!



AUGARTEN - ÖFFNUNGS- UND SCHLISSZEITEN DER PARKTORE 2016 - 2017

Der Garten wird von 1. April bis 31. Oktober um 6:30 Uhr und vom 1. November bis 31. März um 7:30 Uhr geöffnet.

22. Februar 2016 bis 26. März	bis 19:00 Uhr
27. März bis 8. Mai	bis 20:00 Uhr
9. Mai bis 31. Juli	bis 21:00 Uhr
1. August bis 18. September	bis 20:00 Uhr
19. September bis 29. Oktober	bis 19:00 Uhr
30. Oktober bis 19. Februar 2017	bis 17:30 Uhr



Die Radler-Gemeinde steht mit Verkehrsvorschriften sehr oft auf Kriegsfuß. Der Grund liegt vermutlich darin, dass sich Radfahrer und -innen nur dann als vollwertige Verkehrsteilnehmer und -innen sehen wollen, wenn es um ihre Vorteile

Fahrradstellplätze!

im Straßenverkehr geht. Denn nicht nur beim Radfahren auf Gehsteigen oder Missachten von Rotlicht fällt diese Teilnehmergruppe unangenehm auf, sondern auch beim Abstellen ihrer Fahrzeuge. Oft müssen Verkehrszeichen, Bäume oder Geländer als diebstahlhemmende Fixpunkte erhalten, egal ob sie behindernd oder sogar verbotener Weise dort abgestellt werden. Der Ruf nach Kennzeichnung von Fahrrädern wird daher immer lauter, um die Lenker und -innen auch zur Rechenschaft ziehen zu können.

Aber wo sollen die Radler ihre Gefährte tatsächlich abstellen?

In fast allen Hinterhöfen der Gründerzeithäuser ist Platz dafür, in den Neubauten werden sowieso eigene Fahrradabstellräume geschaffen. Auf den Straßen



gibt es ausreichend Fahrradabstellanlagen, die aber nur teilweise genutzt werden. Konkret gibt es im Bezirk 1603 Fahrradabstellplätze (Quelle: Wien.gv.at)

Was ist also der Grund für das rücksichtslose Abstellen der Fahrräder?

Vermutlich ist es Bequemlich- und Rücksichtslosigkeit. Denn kein Fahrradbesitzer ist daran gehindert, einige Schritte von einem legalen Abstellplatz zu seinem Zielort zu gehen.

Jeder der auf öffentlichem Straßengrund einen Gegenstand (Werbetafeln, Müllkörbe, Tische oder Bänke, Schuttmulde etc.) abstellt oder hingängt, muss eine Gebrauchsabgabe dafür bezahlen. Kraftfahrzeuge zahlen sowieso doppelt und dreifach für die Benützung der Straße. Fahrräder sind von jeder Steuer und Gebühr befreit, stehen aber immer häufiger gesetzwidrig in der Gegend herum, wenn sie nicht benötigt werden.

BR Alfred Pfeiffer



„StVO § 68/

(4) Fahrräder sind so aufzustellen, daß sie nicht umfallen oder den Verkehr behindern können. Ist ein Gehsteig mehr als 2,5 m breit, so dürfen Fahrräder auch auf dem Gehsteig abgestellt werden; dies gilt nicht im Haltestellenbereich öffentlicher Verkehrsmittel, außer wenn dort Fahrradständer aufgestellt sind. Auf einem Gehsteig sind Fahrräder platzsparend so aufzustellen, daß Fußgänger nicht behindert und Sachen nicht beschädigt werden.“



Radweg-Benützungspflicht soll immer öfter aufgehoben werden!

Seit dem die GRÜNEN in der Verkehrspolitik das Sagen in der Stadt Wien haben, lassen sie nichts aus, um den individuellen Kraftfahrzeugverkehr in der Stadt zu behindern. Verkehrsflussfeindliche bauliche Maßnahmen, Ausweitung des Parkpickerls, Ampelschaltungen, verheerendes Baustellenmanagement u.v.m, sind Zeugen dieser Entwicklung. Eine besondere Maßnahme als Verkehrsbremse ist die penetrante Umsetzung der Aufhebung der Radwegbenützungspflicht. Seit 2013 ist es möglich, unter bestimmten Voraussetzungen durch Verordnung diese Benützungspflicht aufzuheben.



In der Brigittenau wurde diese bereits in der Wasnergasse und Adolf Gstöttner Gasse aufgehoben, obwohl sich die Bezirksvertretung mehrheitlich dagegen ausgesprochen hatte. Nun soll die Radwegbenützungspflicht in der Hellwagstraße aufgehoben werden. In der letzten Sitzung der Bezirksentwicklungs- und Verkehrskommission wurde über diesen „Bürgerwunsch“ diskutiert und wieder sprachen sich FPÖ aber auch die SPÖ dagegen aus. Es wurde festgelegt, dass die

Fahrrad-situation im Bezirk in einer eigenen Sitzung besprochen werden sollte.

Für uns Freiheitliche steht fest, dass das in Wien mit viel Aufwand und teilweise mit Verlust von Parkplätzen errichtete 1.298 km lange Radverkehrsnetz auch benützt werden muss. Alleine in der Brigittenau gibt es 32,3 km davon.

BR Gerhard Böhm

„StVO § 68/

(1a) Wenn es der Leichtigkeit und Flüssigkeit des Fahrradverkehrs dient und aus Gründen der Leichtigkeit und Flüssigkeit des übrigen Verkehrs sowie der Verkehrssicherheit keine Bedenken dagegen bestehen, kann die Behörde bestimmen, dass abweichend von Abs. 1 von Radfahrern mit einspurigen Fahrrädern ohne Anhänger ein Radweg oder ein Geh- und Radweg benützt werden darf, aber nicht muss. Derartige Radwege oder Geh- und Radwege sind mit den Zeichen gemäß § 53 Abs. 1 Z 27 bis 29 anzuzeigen.

Endstelle 5A – Neue Busstation (Griegstraße)

„Busstation mit Hindernis“ lautete 2014 die Überschrift eines Artikels in unserer Zeitung Klartext. Darin forderte der damalige FPÖ-Bezirksrat Dalibor Sumanski einen Umbau der vor allem für ältere Menschen und Fahrgäste mit Kinderwägen unbequemen und auch gefährlichen Endstation der Buslinie 5A in der Griegstraße. Vor kurzem wurde der Umbau der Station nun abgeschlossen und die Brigittenauer Freiheitlichen freuen sich mit den Fahrgästen der Linie 5A über das nunmehr bequeme barrierefreie Aus- und Einsteigen!



Alte Busstation oben, Neue unten.



Angelobung der Rekruten

Am Donnerstag, dem 25. August 2016 fand im Nachwuchszentrum Vienna in der Spielmannsgasse die Angelobung der Rekruten statt.

Die FPÖ-Bezirksgruppe war bei dieser Feier durch zahlreiche Abgeordnete vertreten:

An der Spitze die 2. Präsidentin des Wiener Landtages, Veronika Matiassek, der Bezirksobmann der FPÖ-Brigittenau LABg. GR Gerhard Haslinger, sowie 9 Bezirksräte und Bezirksrätinnen mit FPÖ-Klubobmann Mag. Alexander Bartl.

BR Brigitta Schalk



Schluss mit der Verschandelung des Maria Restituta-Platzes!



Die Tragwerksäulen der U- und S-Bahn am Maria Restituta-Platz werden laufend durch illegal angebrachte Plakate regelrecht zugespacht. Zuletzt verschandelten flächendeckend angebrachte Plakate der Muslimischen Jugend den gesamten Vorplatz der U- und S-Bahnstation Handelskai.

In einer Anfrage in der Septembersitzung der Brigittener Bezirksvertretung forderte daher FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam geeignete Maßnahmen gegen dieses Wildplakatieren ein. Seitens des Bezirksvorstehers wurde darauf verwiesen, dass für diese Tragwerksäulen die ÖBB bzw. die Wiener Linien zuständig seien, er sagte aber immerhin Gespräche mit diesen Stellen zu. Die Brigittener Freiheitlichen werden jedenfalls weiterhin mit Nachdruck gegen diese – leider nicht die einzige! – Verschandelung in unserem Bezirk eintreten!



Mobile Tempeschwellen

In der Brigittenua wurden vier mobile Tempeschwellen angebracht, die für mehr Verkehrssicherheit sorgen sollen. Dabei handelt es sich um ein Pilotprojekt bei dem Schwellen nicht nur auf der Fahrbahn problemlos angebracht, sondern auch wieder entfernt werden können. Der Grund für diese Erprobung liegt darin, dass immer mehr Fahrzeuglenker den „Schleichweg“ Vorgartenstraße – Winarskystraße nutzen, um zur Dresdner Straße zu gelangen. Dabei wird auch oft die erlaubte Geschwindigkeit erheblich überschritten. Durch diese Maßnahme soll mehr zur Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer beigetragen werden. In den Wintermonaten (Schneeräumung) werden laut MA 46 die mobilen Schwellen wieder demontiert.

Dieses Pilotprojekt ist kostengünstiger als eine Aufdoppelung des Kreuzungsplateaus und soll denselben Effekt haben.

BR Flaminia Bettini



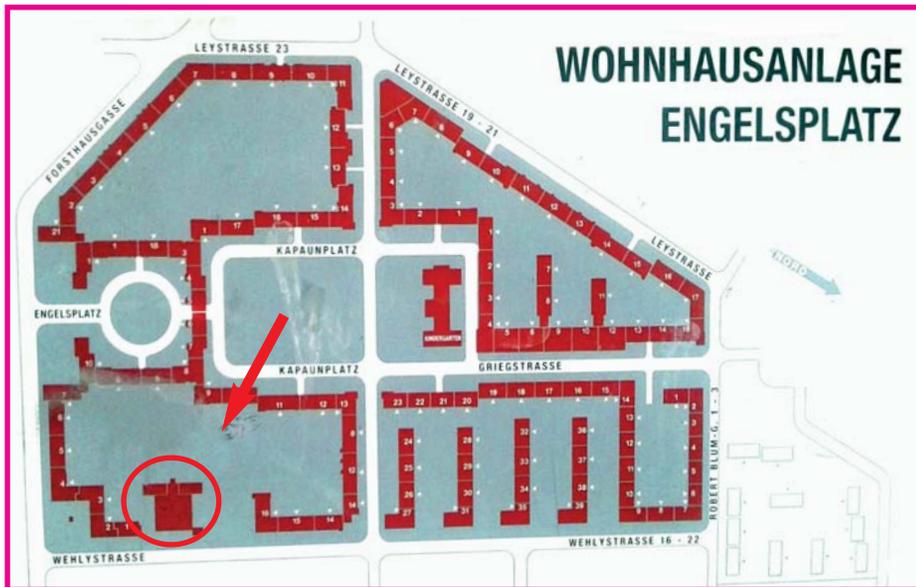
Hinter dem Politechnikum (rechts im Bild), „Vorgartenstraße vor der Schule und Einmündung in die Winarskystraße“.



„Winarskystraße/Leystraße vor dem Winarskyhof“ (Bilder oben und unten).



Aufregung im Gemeindebau am Friedrich-Engels-Platz



Mehrere Bewohnerinnen des Gemeindebaus am Friedrich-Engels-Platz 11/ Wehlystrasse 28 wurden heuer zwischen 6. Juni und 4. Juli 2016, dem muslimischen Fastenmonat Ramadan, durch extreme Lärmbelästigungen bis in die späte Nacht hinein in ihrer Nachtruhe gestört.

Über der Zentralwaschküche liegende großflächige zwei Stockwerke und ein kleineres drittes Stockwerk, die vorher als Tonstudio genutzt wurden, sind laut Angaben von Bewohnerinnen zur Nutzung als Büro- und Lagerräume an einen Mann türkischer Herkunft vermietet worden.

Bei einer Anfrage an den Bezirksvorsteher wurden wir informiert, dass ein

Verein der neue Mieter ist. Unverständlich, dass Wiener Wohnen so eine große Fläche über drei Etagen, in einem Gemeindebau mitten in einem Wohngebiet, an einen Verein vermietet. Wo bleibt, gerade in Zeiten großer Wohnungsnot, der ursprüngliche Gedanke des sozialen Wohnbaus im roten Wien?

Neben der Lärmentwicklung durch das ständige Kommen und Gehen vieler Personen stellen sich die Anrainer auch die Frage, wie sich die Nutzung als Vereinslokalitäten anstatt Büro- und Lagerräumen auf die von allen zu tragenden Betriebskosten auswirken wird?

BR Traude Lindenbauer



WWW.NORBERTHOFER.AT



NORBERT HOFFER
BUNDESPRÄSIDENT

Wer Österreich liebt, wählt Norbert Hofer, weil ER als EINZIGER ...

- ... unsere Bevölkerung sowie ihre Kultur, Werte, Traditionen und Sicherheit gegen die neue Völkerwanderung verteidigt. Wir Österreicher haben ein Recht auf Heimat.
- ... Österreich selbstbewusst in der Welt vertritt, damit uns andere Staaten wieder mit Respekt begegnen. Österreich muss souverän sowie selbstbestimmt handeln und darf nicht Befehlsempfänger der EU sein.
- ... gegen eine EU als Schulden- und Haftungsunion zu Lasten unserer kommenden Generationen auftritt. Österreich hat schließlich selbst genug Schulden.
- ... nicht zulässt, dass unser Sozialsystem von Wirtschaftsflüchtlingsen zerstört wird. Rot, Schwarz und Grün dagegen haben durch ihre Politik diese erst zu uns gerufen.
- ... Wahnsinnigkeiten wie TTIP nicht einfach unterschreibt, sondern die Menschen vor Ausbeutung schützt.
- ... österreichische Arbeitsplätze gegen Verdrängung und Lohndumping schützt. „Österreich zuerst“ muss auch am heimischen Arbeitsmarkt gelten.
- ... dafür sorgt, dass unsere Neutralität und unser Bundesheer wieder gestärkt und nicht wie bisher ruiniert werden. Landesverteidigung ist die Pflicht eines jeden Staates. Österreich soll zudem wieder ein internationaler Vermittler sein.
- ... Gerechtigkeit schafft, indem er Ungerechtigkeiten abstellt: bei Luxuspensionen, Zweiklassen-Medizin, Pflege und Familien oder beim Gebühren- und Mietwucher.
- ... weiß, dass in einer Demokratie das Volk die höchste Instanz ist. Deshalb steht er auch für mehr direkte Demokratie.

  NORBERTHOFER2016

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



Wir informieren, beraten,
kontrollieren und vertreten!

DER SCHLÜSSEL ZU IHREM RECHT!

**UNABHÄNGIG
KOMPETENT
EINSATZBEREIT
UNBEUGSAM**

NUR DEN INTERESSEN SEINER MITGLIEDER VERPFLICHTET!

Telefon: 0664/845 30 88

Web: www.mieterschutzring.at

Email: buero@mieterschutzring.at

Adresse: 1, Bartensteingasse 14 Top 9, 1010 Wien

Ring Freiheitlicher Jugend RFJ 2/20

Engagiert auf der „Insel“

„Geselliges - Sportliches - Informatives“

Radfahren, Bowling, Klettern oder Praterbesuch
Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Schach der Langeweile - melde Dich unter

0664 8851 77 70

franz.lindenbauer@fpoe-wien.at



Liebe Brigittenauerinnen, Liebe Brigittenauer,

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenau, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und in der Bezirksvertretung, setzen uns gerne für Sie ein!

Sie wollen regelmäßig unseren „Klartext“ per Post und über unsere Veranstaltungen, Stammtische und Feste informiert werden?

Lassen Sie sich in unsere Interessentenliste eintragen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66

E-Mail: brigittenau@fpoe-wien.at